



Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 13. März 2020
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 45. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 12. März 2020, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand anlässlich des Corona-virus**
Antrag des Sozialministeriums

Berichts-antrag über den aktuellen Sachstand zur Corona-Epidemie in Schles-wig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/3634](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand anlässlich des Coronavirus in Schleswig-Holstein entgegen. Hieran schloss sich eine ausführliche Aussprache an.

2. **Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Kita-Reform**
Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/3634](#)

Die Ausschussmitglieder ließen sich durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Kita-Reform auf Antrag der Fraktion der SPD, Umdruck 19/3634, informieren. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

3. **Bericht des Sozialministeriums zum Fall Friesenhof**
[Umdruck 19/3378](#)

Die Landesregierung informierte den Ausschuss über die Auswirkungen des Urteils des Verwaltungsgerichts in Schleswig vom 9. Dezember 2019 und die ausführliche Urteilsbegründung sowie die weiteren geplanten Schritte der Landesregierung. Auch hierüber führten die Ausschussmitglieder eine Aussprache durch.

4. Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018

[Drucksache 19/1495](#)

Frau El Samadoni, Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, stellte den Ausschussmitgliedern den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018, Drucksache 19/1495, vor. Auch hieran schloss sich eine Aussprache an.

5. Gespräch mit Vertretern der Kommunalen Landesverbände über den aktuellen Sachstand zu den Verhandlungen für einen neuen Jugendhilfe-Rahmenvertrag

Der Ausschuss setzte den Punkt von der Tagesordnung ab. Die Beratungen dazu wurden auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

6. Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/885 \(neu\)](#)

Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Vereinigung der Pflegekräfte in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1914](#)

Die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

8. Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/980](#)

Auch die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden auf eine der kommenden Sitzungen verschoben.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1987 \(neu\)](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf. Die Anzuhörenden sollen innerhalb von 14 Tagen gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses benannt werden.

10. Bericht zum Stand der Inklusion im schulischen Bildungsbereich

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1913](#)

Die Ausschussmitglieder kamen überein, den Beschluss des federführenden Bildungsausschusses zum Verfahren der Beratungen abzuwarten, den Tagesordnungspunkt dann erneut aufzurufen und über das eigene Verfahren zu entscheiden.

11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften zur Anpassung an die Berufsbezeichnung „Pflegefachfrau und Pflegefachmann“ aufgrund des Pflegeberufereformgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1957](#)

Im Zusammenhang mit einer Diskussion über die Frage, ob die Durchführung einer Anhörung der kommunalen Landesverbände zu dem Gesetzentwurf erfolgen sollte, sprach der Ausschuss die Bitte an die Landesregierung aus, ihm die im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Referentenentwurf übersandten Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

12. Verschiedenes

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 17:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder